

## FamRBinformativ

### ● ABC zum Vermögensbegriff i.S.v. § 115 Abs. 2 ZPO

Das „ABC zum Vermögensbegriff i.S.v. § 115 Abs. 2 ZPO“ setzt den Beitrag „ABC zum Einkommensbegriff i.S.v. § 115 Abs. 1 ZPO“ in FamRB 2004, 275 fort. Mit diesen Beiträgen steht eine Schlagwortübersicht für Einkommen und Vermögen im Rahmen der Gewährung von Prozesskostenhilfe zur Verfügung. Angesichts des Umfangs der in Rechtsprechung und Literatur umstrittenen

Einzelheiten sowie der Fülle neuer Entscheidungen lädt die Redaktion alle Leserinnen und Leser ein, nicht behandelte Stichwörter und Entscheidungen mitzuteilen.

Gemäß § 115 Abs. 2 ZPO hat die Partei, die die Gewährung von Prozesskostenhilfe beantragt, ihr Vermögen einzusetzen, soweit dies zumutbar ist. Es gilt der umfassende Vermögensbegriff des Sozialhilferechts.<sup>1</sup> Die Einzelheiten sind in Rechtsprechung und Literatur umstritten. Die nachfolgende Aufstellung soll dabei behilflich sein, einzelne Vermögensbestandteile hinsichtlich ihrer Anrechenbarkeit schneller zuzuordnen.

<b>Abfindung</b>	Ihr Einsatz ist umstritten. Nach einer Auffassung gehört eine zum Ausgleich des Verlustes des Arbeitsplatzes gezahlte Abfindung gem. §§ 9, 10 KSchG zum einzusetzenden Vermögen. <sup>2</sup> Nach a.M. wird eine Kündigungsabfindung grundsätzlich nicht Vermögen i.S.d. § 115 Abs. 2 ZPO, sondern Einkommen i.S.d. § 115 Abs. 1 ZPO. <sup>3</sup> Dabei kann eine vorzeitige Tilgung von Schulden mittels des Abfindungsbetrags rechtsmissbräuchlich und deshalb prozesskostenhilferechtlich unbeachtlich sein, wenn bei Tilgung der Prozesskostenbedarf bereits bekannt und die getilgte Schuld noch nicht fällig ist. <sup>4</sup>
<b>Auslandsvermögen</b>	gehört zum Vermögen. Es soll jedoch nur dann einsetzbar sein, wenn es verwertbar und insoweit eine zeitliche Verzögerung der Rechtsverfolgung möglich und zumutbar ist. <sup>5</sup>
<b>Aussteuerversicherungen</b>	gehören nach ihrer Auszahlung zum Vermögen. <sup>6</sup>
<b>Auto</b>	s. Pkw
<b>Bausparguthaben</b>	Seine Behandlung ist umstritten. Z.T. wird vertreten, Bausparguthaben sei Sparvermögen und stehe vor der Auszahlung dem Berechtigten nicht zur Verfügung; eine vorzeitige Kündigung sei nicht angezeigt. <sup>7</sup> Nach a.A. ist sein Einsatz in Höhe des Guthabens über dem Schonvermögen angezeigt. <sup>8</sup> Schließlich wird sowohl hinsichtlich von Bausparguthaben als auch Lebensversicherungen vertreten, dass die Frage der Einsatzpflicht stets eine Frage der Zumutbarkeit sei, deren Beantwortung von den Umständen des Einzelfalles abhängt. <sup>9</sup>
<b>Ferienhäuser</b>	sind stets (durch Verwertung oder Belastung) einzusetzendes Vermögen. <sup>10</sup>
<b>Festgeldanlagen</b>	sind einzusetzendes Vermögen. <sup>11</sup> Dies gilt grundsätzlich auch für Sparguthaben mit fester Laufzeit, die jedoch während der Laufzeit des Vertrags kaum verwertbar sind. Gegebenenfalls kommt bei beträchtlichen Guthaben eine Beleihung in Betracht. Die Kündigung des Vertrags ist in aller Regel wegen der damit verbundenen Zins- und Prämienverluste unzumutbar. <sup>12</sup>

1 Kalthoener/Büttner/Wrobel-Sachs, Prozesskostenhilfe und Beratungshilfe, 3. Aufl., Rz. 315 m.w.N.

2 LAG Rheinland-Pfalz v. 23.12.2002 – 9 Ta 1066/02, FamRZ 2003, 1934.

3 OLG Karlsruhe v. 17.12.2001 – 16 WF 137/01, OLGReport Karlsruhe 2002, 152 = FamRZ 2002, 1196.

4 OLG Karlsruhe v. 17.12.2001 – 16 WF 137/01, OLGReport Karlsruhe 2002, 152 = FamRZ 2002, 1196.

5 VG Frankfurt v. 5.3.1991 – V/2 H 2029/90, NJW 1992, 647 zur (hier verneinten) Verwertung eines Hausgrundstücks im Ausland.

6 OLG Köln v. 6.9.1988 – 4 WF 212/88, FamRZ 1988, 1297.

7 OLG Naumburg v. 31.1.2003 – 14 WF 172/02, OLGReport Naumburg 2003, 529.

8 OLG Saarbrücken v. 31.10.1998 – 6 WF 58/97, OLGReport Saarbrücken 1998, 205.

9 OLG Köln v. 7.9.2000 – 14 WF 106/00, OLGReport Köln 2001, 39 = FamRZ 2001, 632.

10 OLG Stuttgart v. 14.6.1993 – 17 WF 187/93, JurBüro 1994, 46.

11 OLG Köln v. 8.11.1993 – 27 W 20/93, OLGReport Köln 1994, 42 = MDR 1994, 406.

12 So Kalthoener/Büttner/Wrobel-Sachs, a.a.O., Rz. 334; a.M. Zimmermann, Prozesskostenhilfe in Familiensachen, 2. Aufl., Rz. 155.

<b>Forderungen</b>	gehören zum Vermögen, und zwar unabhängig davon, ob sie tituliert sind oder nicht. <sup>13</sup> Jedoch müssen sie verwertbar, d.h. realisierbar sein, wenn sie zu einer Prozessfinanzierung zur Verfügung stehen sollen. <sup>14</sup> Die Forderung, zu deren Durchsetzung Prozesskostenhilfe begehrt wird, hat im Rahmen der Vermögensprüfung als künftiges Vermögen außer Betracht zu bleiben. <sup>15</sup>
<b>Grundstücke</b>	Diffizil ist die Beantwortung der Frage nach der Angemessenheit eines Hausgrundstücks i.S.v. § 88 Abs. 2 Nr. 7 BSHG. Sie richtet sich nach der Anzahl der Bewohner und deren Wohnbedürfnissen sowie nach Größe und Wert des Objekts. <sup>16</sup> Der Grenzwert eines Familienheims mit nur einer Wohnung von 130 m <sup>2</sup> für eine vierköpfige Familie <sup>17</sup> ist entsprechend zu vermindern, wenn die Wohnfläche von weniger als vier Personen genutzt wird, und zwar in der Regel um 20 m <sup>2</sup> je Person. <sup>18</sup> 160 m <sup>2</sup> für einen 2-Personen-Haushalt ist jedenfalls deutlich zuviel. <sup>19</sup> Wenngleich bei Einhaltung der maßgeblichen Grenzen eine Veräußerung des Hauses ausscheidet, kommt jedoch sein Einsatz als Sicherheit für einen Kredit in Betracht, wenn es für die Partei zumutbar ist, einen Kredit für die Prozesskosten aufzunehmen, <sup>20</sup> und zwar auch bei (nur) Miteigentum. <sup>21</sup> Das Wohnraum-Schutzvermögen muss aber in dem Zeitpunkt, in dem der Anfall von Prozesskosten ersichtlich wird, bereits vorhanden sein; eine spätere „Umschichtung“ ist unbeachtlich. <sup>22</sup> Jedoch kann verlangt werden, ein (noch) selbst genutztes Anwesen einzusetzen, wenn sicher abzusehen ist, dass es in absehbarer Zeit zu dessen Veräußerung kommen wird; bis dahin kann der Partei die Zahlungsverpflichtung gestundet werden. <sup>23</sup> Ist unsicher, ob bei der Veräußerung ein die tatsächlichen Belastungen übersteigender Erlös erzielt werden wird, ist bereits kein verwertbares Vermögen vorhanden. <sup>24</sup> Die Veräußerung kann im Einzelfall unzumutbar sein, wenn die damit verbundenen Kosten (Makler, Umzug, Notar, Finanzierung) voraussichtlich weit höher sind als die zu erwartenden Prozesskosten. <sup>25</sup> Ein unbebautes Grundstück ist regelmäßig zur Prozessfinanzierung einzusetzen, da es nicht durch § 88 Abs. 2 Nr. 7 BSHG geschützt ist. <sup>26</sup>
<b>Hausrat</b>	gehört in angemessenem Umfang zum Schonvermögen, § 88 Abs. 2 Nr. 3 BSHG. Ausgleichszahlungen nach der HausrVO anlässlich der Scheidung wird man analog behandeln müssen. <sup>27</sup>
<b>Kostenübernahme</b>	Höchst umstritten ist die Frage, ob die Kostenübernahmeansprüche des § 91 Abs. 4 Satz 2 BSHG („Kosten, mit denen der Hilfeempfänger dadurch selbst belastet wird, sind zu übernehmen“) und § 7 Abs. 4 Satz 3 UVG („Kosten, mit denen der Unterhaltsleistungsempfänger dadurch selbst belastet wird, sind zu übernehmen“) den Anspruch auf PKH unberührt lassen. Hierzu werden im Wesentlichen zwei Auffassungen vertreten: <sup>28</sup> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Nach einer Meinung soll dem Abtretungsempfänger ein Vorschussanspruch gegen den Sozialleistungsträger zustehen, der die Bedürftigkeit entfallen lasse.<sup>29</sup> Dabei wiederum</li> </ul>

13 OLG Frankfurt v. 13.2.1984 – 2 WF 206/83, FamRZ 1984, 809; OLG Bamberg v. 5.3.1985 – 2 WF 43/85, FamRZ 1985, 504; OLG Nürnberg v. 11.4.1989 – 1 W 4258/88, FamRZ 1989, 995.

14 *Kalthoener/Büttner/Wrobel-Sachs*, a.a.O., Rz. 324.

15 *Kalthoener/Büttner/Wrobel-Sachs*, a.a.O., Rz. 324 m.w.N.; OLG Bremen v. 9.3.1983 – 3 WF 15/83, FamRZ 1983, 637; insoweit a.M. OLG Frankfurt v. 13.2.1984 – 2 WF 206/83, FamRZ 1984, 809; OLG Bamberg v. 5.3.1985 – 2 WF 43/85, FamRZ 1985, 504; OLG Nürnberg v. 11.4.1989 – 1 W 4258/88, FamRZ 1989, 995.

16 OLG Karlsruhe v. 29.12.1999 – 2 WF 105/99, FamRZ 2001, 236.

17 Vgl. § 39 Abs. 2 Satz 2 II. WoBauG.

18 OLG Karlsruhe v. 29.12.1999 – 2 WF 105/99, FamRZ 2001, 236.

19 LG Koblenz v. 8.11.2002 – 2 T 521/02, FamRZ 2003, 1935.

20 OLG Koblenz v. 11.1.2001 – 9 WF 1/01, MDR 2001, 960 = OLGReport Koblenz 2001, 260 = FamRZ 2002, 105.

21 OLG Karlsruhe v. 6.6.2000 – 2 WF 73/00, OLGReport Karlsruhe 2001, 102.

22 OLG Nürnberg v. 24.10.2001 – 10 WF 3471/01, MDR 2002, 171 = OLGReport Nürnberg 2002, 179 = FamRZ 2002, 759.

23 OLG Zweibrücken v. 6.1.2003 – 2 WF 144/02, OLGReport Zweibrücken 2003, 199 = FamRZ 2003, 1395 = FamRB 2003, 213.

24 OLG Karlsruhe v. 30.10.2003 – 15 W 3/03, OLGReport Karlsruhe 2004, 288 = FamRZ 2004, 1499.

25 OLG Karlsruhe v. 6.6.2000 – 2 WF 73/00, OLGReport Karlsruhe 2001, 102.

26 *Kalthoener/Büttner/Wrobel-Sachs*, a.a.O., Rz. 325 m.w.N.

27 *Zimmermann*, a.a.O., Rz. 147.

28 Zu den Einzelheiten vgl. *Nickel*, Übergang von Unterhaltsansprüchen aufgrund fiktiven Einkommens und Rückübertragung vom Sozialhilfeträger, FamRB 2004, 92.

29 OLG Oldenburg v. 30.10.1996 – 12 WF 169/96, OLGReport Oldenburg 1998, 44 = FamRZ 1998, 435; ebenso OLG Koblenz v. 3.4.1997 – 15 UF 1327/96, MDR 1997, 1072 = OLGReport Koblenz 1997, 155 = FamRZ 1997, 1086; OLG Celle v. 25.8.1998 – 12 WF 170/98, OLGReport Celle 1998, 322 = MDR 1999, 101 = FamRZ 1999, 1284; OLG Karlsruhe v. 27.8.1998 – 2 WF 81/98, OLGReport Karlsruhe 1999, 158 = FamRZ 1999, 1508; OLG Schleswig v. 20.12.1999 – 12 WF 174/99, OLGReport Schleswig 2000, 163; OLG Karlsruhe v. 31.7.2000 – 2 WF 100/00, OLGReport Karlsruhe 2001, 200 = FamRZ 2001, 926; OLG Oldenburg v. 3.4.2003 – 12 WF 22/03, OLGReport Oldenburg 2003, 321 = FamRZ 2003, 1761; *Zöller/Philippi*, 23. Aufl., § 114 ZPO Rz. 10; *Oestreicher/Schelter/Kunz*, Bundessozialhilfegesetz, § 91 Rz. 173b.

	<p>ist umstritten, ob sich dieser Vorschussanspruch aus § 91 Abs. 4 Satz 2 BSHG bzw. § 7 Abs. 4 Satz 3 UVG unmittelbar<sup>30</sup> oder in direkter oder analoger Anwendung aus § 669 BGB<sup>31</sup> ergibt.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Dagegen wird angeführt, dass § 91 Abs. 4 Satz 2 BSHG bzw. § 7 Abs. 4 Satz 3 UVG ihrem Wortlaut nach lediglich bloße Kostenübernahme- oder -freistellungsansprüche darstellten, die erst eingriffen, wenn zu Lasten des Hilfeempfängers am Ende des Prozesses eine Kostenbelastung verbleibe, was die Bedürftigkeit nicht ausschließe und daher für die Bewilligung der PKH unschädlich sei.<sup>32</sup> Dem dürfte zuzustimmen sein.</li> </ul>
<b>Lebensversicherung</b>	s. Rückkaufswert
<b>Miterbenanteile</b>	gehören zum Vermögen. <sup>33</sup> Hinsichtlich ihrer Verwertbarkeit ist eine etwaige Dauer der Erbauseinandersetzung zu berücksichtigen. Die Veräußerung eines Miterbenanteils an einem Haus ist jedoch unzumutbar, wenn es von einem nahen Angehörigen des Antragstellers bewohnt wird <sup>34</sup> oder mit dem lebenslangen Nießbrauch eines Dritten belastet ist <sup>35</sup> .
<b>Öffentliche Mittel</b>	wie Lastenausgleichszahlung oder Kriegsopferentschädigung sind nicht einzusetzen, § 88 Abs. 2 Nr. 1 BSHG. <sup>36</sup>
<b>Patentrechte</b>	sind als geldwerte Rechte einzusetzen, soweit ihre Verwertung möglich und zumutbar ist. <sup>37</sup>
<b>Pkw</b>	Er gehört auch dann, wenn sein Wert 4.500 DM übersteigt (Pkw der „Oberklasse“), zum geschützten Vermögen, wenn seine Nutzung zu beruflichen <sup>38</sup> oder persönlichen anzuerkennenden Zwecken <sup>39</sup> erforderlich ist. <sup>40</sup> Etwas anderes gilt nur dann, wenn der Wert nicht mehr im angemessenen Verhältnis zu der als notwendig anzusehenden Nutzung steht. <sup>41</sup> Daneben sind aber Kosten für Benzinverbrauch, Steuern, Versicherung, Wartung, Kosten für einen aufgenommenen Kredit zur Finanzierung des Fahrzeugkaufs oder ähnliches nicht mehr gesondert ansetzbar. <sup>42</sup> Eine später eintretende Arbeitslosigkeit führt unter diesen Umständen nicht zur Verwertbarkeit. <sup>43</sup>
<b>Prozesskostenvorschuss</b>	Einigkeit besteht insoweit, als jedenfalls der Prozesskostenvorschussanspruch des Kindes gegen den betreuenden Elternteil als Vermögensbestandteil zu berücksichtigen ist, wenn nicht bereits auf die Einkommens- und Vermögensverhältnisse des klagenden Elternteils abgestellt wird, <sup>44</sup> denn zum Vermögen gehört auch ein Anspruch auf Prozesskostenvor-

30 U.a. OLG Frankfurt v. 1.4.1999 – 5 WF 123/98, FamRZ 1999, 1283; OLG Karlsruhe v. 27.8.1998 – 2 WF 81/98, OLGReport Karlsruhe 1999, 158 = FamRZ 1999, 1508; KG v. 19.2.2002 – 19 W 2/02, KGReport Berlin 2002, 311 = FamRZ 2003, 99; OLG Oldenburg v. 3.4.2003 – 12 WF 22/03, OLGReport Oldenburg 2003, 321 = FamRZ 2003, 1761 (die zugelassene Rechtsbeschwerde wurde nicht eingelegt); ausdr. Kostenübernahmeerklärung erforderlich: OLG Hamm v. 23.9.1997 – 7 WF 379/97, FamRZ 1998, 174; insoweit a.M. OLG Köln v. 31.10.1996 – 14 WF 190/96, OLGReport Köln 1997, 65 und OLG Frankfurt v. 9.3.2000 – 5 WF 167/99, FamRZ 2001, 629.

31 KG v. 19.2.2002 – 19 W 2/02, KGReport Berlin 2002, 311 = FamRZ 2003, 99; offen gelassen OLG Celle v. 25.8.1998 – 12 WF 170/98, OLGReport Celle 1998, 322 = MDR 1999, 101 = FamRZ 1999, 1284.

32 U.a. OLG Köln v. 31.10.1996 – 14 WF 190/96, OLGReport Köln 1997, 65 = FamRZ 1997, 298; OLG Düsseldorf v. 15.10.1998 – 1 WF 162/98, FamRZ 1999, 1147; OLG Celle v. 23.9.1998 – 18 UF 99/98, OLGReport Celle 1999, 11 = NdsRpfl. 1999, 59; OLG Nürnberg v. 19.2.1999 – 10 WF 521/99, OLGReport Nürnberg 1999, 167 = MDR 1999, 747 = FamRZ 1999, 1284; KG v. 5.8.1999 – 18 WF 3790/99, KGReport Berlin 1999, 322 = FamRZ 2000, 758; OLG Zweibrücken v. 23.7.2001 – 5 WF 54/01, OLGReport Zweibrücken 2001, 480 = FamRZ 2002, 105; OLG Köln v. 15.4.2002 – 4 WF 157/01, OLGReport

Köln 2002, 295 = FuR 2002, 378; OLG Hamm v. 11.7.2002 – 3 WF 192/02, OLGReport Hamm 2003, 118; i.E. ebenso OLG Koblenz v. 12.5.1997 – 11 WF 207/97, MDR 1997, 1072 = OLGReport Koblenz 1997, 154 = FamRZ 1998, 246.

33 BayObLG v. 14.11.1994 – 1Z BR 66/94, FamRZ 1995, 1019.

34 OVG Bremen v. 5.7.1983 – OVG 2 B 11/83, JurBüro 1983, 1720.

35 OLG Köln v. 25.7.1995 – 25 WF 142/95, OLGReport Köln 1995, 311 = JurBüro 1996, 143.

36 Zimmermann, a.a.O., Rz. 150.

37 Kalthoener/Büttner/Wrobel-Sachs, a.a.O., Rz. 330.

38 OLG Dresden v. 17.10.2001 – 10 WF 700/01, OLGReport Dresden 2002, 55; OLG Koblenz v. 13.2.2002 – 9 WF 88/02, MDR 2002, 965.

39 OLG Bamberg v. 21.1.1999 – 7 WF 196/98, OLGReport Bamberg 1999, 247.

40 Nur ein „Kleinwagen“: OLG Köln v. 1.8.1997 – 4 WF 187/97, FamRZ 1998, 1522.

41 OLG Bamberg v. 21.1.1999 – 7 WF 196/98, OLGReport Bamberg 1999, 247 (hier bei Verkehrswert von 19.000 DM nicht).

42 OLG Koblenz v. 13.2.2002 – 9 WF 88/02, MDR 2002, 965.

43 LAG Chemnitz v. 13.2.1998 – 10 Ta 245/97, LAGE § 115 ZPO Nr. 54.

44 U.a. OLG Celle v. 23.9.1998 – 18 UF 99/98, OLGReport Celle 1999, 11; OLG Köln v. 13.6.2003 – 26 WF 133/03, OLGReport Köln 2003, 289.

	<p>schuss.<sup>45</sup> Damit ist eine Partei nicht bedürftig i.S.d. § 114 ZPO, wenn sie einen Anspruch auf Zahlung eines Prozesskostenvorschusses hat. Das gilt auch im Scheidungsverfahren.<sup>46</sup> Für den Anspruch auf Prozesskostenvorschuss gilt § 1606 Abs. 3 Satz 2 BGB nicht, weil es sich um Sonderbedarf handelt, weshalb auch der betreuende Elternteil gegebenenfalls mit Ratenzahlungen vorschusspflichtig sein kann.<sup>47</sup> Auch die Urgroßmutter (!) kommt als Prozesskostenvorschusspflichtige in Betracht.<sup>48</sup> (Zur etwaigen Rückzahlungspflicht hinsichtlich des Prozesskostenvorschusses: „Titulierte Prozesskostenvorschusspflicht für den Prozess gegen den Pflichtigen ist ebenso wie titulierte Elementarunterhaltspflicht endgültige Unterhaltspflicht, bestandskräftige und grundsätzlich nicht rückforderbare Prozesskostenfinanzierungspflicht“<sup>49</sup>).</p>
<b>Prozessstandschaft</b>	<p>Höchst umstritten ist, ob es im Falle einer Prozessstandschaft auf die Einkommens- und Vermögensverhältnisse des Kindes oder des Vertreters ankommt.<sup>50</sup></p>
<b>Rechtsschutz</b>	<p>Soweit eine Rechtsschutzversicherung dem Antragstellerdeckungsschutz gewährt, liegt keine Bedürftigkeit vor; erforderlich ist jedoch eine konkrete Deckungszusage.<sup>51</sup> Rechtsschutz durch die Gewerkschaft oder einen Verband ist grundsätzlich wie eine Rechtsschutzversicherung zu behandeln. Wer Anspruch auf eine kostenlose Vertretung hat, benötigt keine Prozesskostenhilfe,<sup>52</sup> es sei denn, dass die Gegenseite anwaltlich vertreten ist<sup>53</sup> oder das Rechtsbegehren des Antragstellers im Interessengegensatz zur Gewerkschaft steht<sup>54</sup> oder das Vertrauensverhältnis zur Gewerkschaft so zerstört ist, dass eine Verweisung auf gewerkschaftlichen Rechtsschutz unzumutbar erscheint,<sup>55</sup> was substantiiert vorgetragen werden muss.<sup>56</sup></p>
<b>Rückkaufswert</b>	<p>einer (Kapital- oder Renten-)Lebensversicherung ist jedenfalls dann zur Bestreitung der Prozesskosten einzusetzen, wenn die teilweise Auflösung des Versicherungsvertrags rechtlich möglich und auch im Hinblick auf die bisherige Absicherung des Antragstellers für den Fall des Alters und der Invalidität zumutbar ist.<sup>57</sup> Dies dürfte insbesondere dann der Fall sein, wenn der Rückkaufswert die Schongrenzen nach § 88 BSHG übersteigt.<sup>58</sup> Für die sog. „Riester-Rente“ gelten keine Besonderheiten.<sup>59</sup> Die Verwertung einer noch nicht fälligen Lebensversicherung dürfte in aller Regel wegen des niedrigen Rückkaufswerts unzumutbar sein.<sup>60</sup></p>
<b>Schadensersatzansprüche</b>	<p>s. Forderungen</p>

45 OLG Naumburg v. 6.3.1997 – 3 WF 138/96, OLGRReport Naumburg 1998, 64; OLG Dresden v. 6.2.2002 – 22 WF 750/01, OLGRReport Dresden 2002, 515 = FamRZ 2002, 1412 = FuR 2002, 543; Zöller/Philippi, a.a.O., § 115 ZPO Rz. 67; Kalthoener/Büttner/Wrobel-Sachs, a.a.O., Rz. 355 m.w.N.; a.M. wohl nur noch KG v. 21.10.1994 – 16 WF 6916/94, KGReport Berlin 1995, 9 = FamRZ 1995, 680.

46 KG v. 21.10.2002 – 18 WF 323/02, KGReport Berlin 2003, 352 = FamRZ 2003, 773.

47 OLG Dresden v. 17.10.2001 – 10 WF 700/01, OLGRReport Dresden 2002, 55.

48 OLG Düsseldorf v. 25.10.1989 – 3 W 495/89, FamRZ 1990, 537.

49 Benkelberg, FuR 2003, 68 ff.; zu den Einzelheiten vgl. ausführlich Künzl/Koller, Prozesskostenhilfe, 2. Aufl., Rz. 236.

50 Vgl. Krause, FamRZ 2001, 1670; Wax, FPR 2002, 471 (474); Verhältnisse des Kindes: OLG Jena v. 19.3.1998 – WF 18/98, OLGRReport Jena 1998, 318 = FamRZ 1998, 1302 m.w.N.; OLG Köln v. 27.12.2000 – 27 WF 231/00, FamRZ 2001, 1535; OLG Dresden v. 6.2.2002 – 22 WF 750/01, OLGRReport Dresden 2002, 515 = FamRZ 2002, 1412 = FuR 2002, 543; Verhältnisse des Vertreters: OLG Hamm v. 15.11.2000 – 10 WF 176/00, FamRZ 2001, 924; OLG Karlsruhe v. 8.1.2001 – 5 WF 168/00, MDR 2001, 876 = OLGRReport Karlsruhe 2001, 196 = FamRZ 2001, 1080; OLG Dresden v. 27.8.2001 – 10 WF 543/01, OLGRReport Dresden 2002, 152; OLG Celle v. 26.2.2002 – 21 WF 187/01, JurBüro 2002, 540.

51 BGH v. 4.10.1990 – IV ZB 5/90, NJW 1991, 109.

52 Kalthoener/Büttner/Wrobel-Sachs, a.a.O., Rz. 332.

53 Vgl. § 121 Abs. 2 Satz 1 ZPO.

54 LAG Bremen v. 19.9.1984 – 2 Ta 28/84, NJW 1985, 223; LAG Düsseldorf v. 2.1.1986 – 7 Ta 424/85, LAGE § 115 ZPO Nr. 21; LAG Schleswig-Holstein v. 24.10.2003 – 2 Ta 215/03, NZA-RR 2004, 104.

55 BSG v. 12.3.1996 – 9 RV 24/94, JurBüro 1996, 533; LAG Bremen v. 8.11.1994 – 4 Sa 260/94, MDR 1995, 293; LAG Bremen – 4 Sa 267/94, NZA 1995, 912; LAG Berlin v. 10.3.1989 – 9 Ta 4/89, MDR 1989, 572.

56 LAG Köln v. 26.6.1995 – 5 Ta 118/95, Bibliothek BAG, Juris Nr. KARE448000338.

57 OLG Stuttgart v. 30.9.1998 – 18 WF 283/98, OLGRReport Stuttgart 1999, 63 = FamRZ 1999, 598; einzelfallabhängig: OLG Köln v. 7.9.2000 – 14 WF 106/00, OLGRReport Köln 2001, 39 = FamRZ 2001, 632; OLG Köln v. 24.4.2003 – 25 WF 73/03, FamRZ 2004, 382.

58 KG v. 4.2.2003 – 17 WF 19/03, KGReport Berlin 2004, 171 = FamRZ 2003, 1394.

59 OLG Stuttgart v. 4.9.2001 – 15 WF 3679/01, OLGRReport Stuttgart 2002, 59 = FamRB 2002, 143; Bergschneider, FamRZ 2003, 1609 (1616).

60 OLG Bamberg v. 28.3.1991 – 7 WF 41/91, JurBüro 1991, 977; Einzelfallprüfung zur Zumutbarkeit: OLG Stuttgart v. 30.9.1998 – 18 WF 283/98, OLGRReport Stuttgart 1999, 63.

<b>Schmerzensgeld</b>	gehört weder als Kapital noch als Rentenzahlung zum einsatzpflichtigen Einkommen oder Vermögen, §§ 77 Abs. 2, 88 Abs. 3 BSHG. <sup>61</sup>
<b>Steuererstattungen</b>	rechnen zum Einkommen, nicht zum Vermögen. <sup>62</sup>
<b>Tiere</b>	Wertvolle Zuchttiere gehören zum Vermögen und müssen verwertet werden. <sup>63</sup>
<b>Unterhaltsabfindung</b>	Sie gehört zum einzusetzenden Vermögen, und zwar auch dann, wenn sie im Laufe des Rechtsstreits gezahlt wurde. <sup>64</sup>
<b>Unterhaltsansprüche</b>	s. Prozesskostenvorschuss
<b>Urheberrechte</b>	s. Patentrechte
<b>Wertpapierdepots</b>	sind als Vermögen einzusetzen, es sei denn, die Veräußerung wäre mit Verlusten verbunden. <sup>65</sup> Allerdings ist dann eine Veräußerung in kursschwachen Zeiten nie zumutbar. <sup>66</sup>
<b>Witwenrentenabfindungen</b>	sind Vermögen. <sup>67</sup>

*FAFamR Michael Nickel, Hagen*

61 OLG Köln v. 8.11.1993 – 27 W 20/93, OLGReport Köln 1994, 42 = MDR 1994, 406; OLG Nürnberg v. 18.2.1992 – 9 W 332/92, JurBüro 1992, 756; OLG Stuttgart v. 9.7.1991 – 8 W 95/91, Rpfleger 1991, 463; VGH Mannheim v. 25.5.1993 – 6 S 3184/91, NJW 1994, 212; a.M. OLG Jena v. 29.2.2000 – 4 W 81/00, OLGReport Jena 2000, 185; OLG Zweibrücken v. 15.8.1997 – 1 W 17/97, OLGReport Zweibrücken 1998, 255 = JurBüro 1998, 478; OLG Hamm v. 16.6.1987 – 10 WF 278/87, FamRZ 1987, 1283; OLG Köln v. 15.12.2003 – 12 W 50/03, FamRZ 2004, 1498; weitere Nachweise bei *Schoreit/Dehn*, Beratungshilfe – Prozesskostenhilfe, 7. Aufl., § 115 ZPO Rz. 36.

62 OLG Bremen v. 18.3.1998 – 4 WF 16/98, OLGReport Bremen 1998, 326 = FamRZ 1998, 1180.

63 So für drei selbst gezüchtete Zuchtstuten: LAG Sachsen-Anhalt v. 14.6.2000 – 3 Ta 101/00 (PKH), Bibliothek BAG, Juris Nr: KARE600005221.

64 OLG Koblenz v. 10.6.1987 – 15 WF 351/87, FamRZ 1987, 1284; v. 26.9.2000 – 9 WF 557/00, FamRZ 2001, 631; a.A. *Kalthoener/Büttner/Wrobel-Sachs*, a.a.O., Rz. 217.

65 *Stein/Jonas*, 21. Aufl., § 115 ZPO Rz. 136.

66 So *Zimmermann*, a.a.O., Rz. 156; *Kalthoener/Büttner/Wrobel-Sachs*, a.a.O., Rz. 335.

67 OLG Koblenz v. 10.6.1987 – 15 WF 351/87, FamRZ 1987, 1284; KG v. 17.3.1982 – 18 WF 1188/82, FamRZ 1982, 623.